

**Ausschuss zur Akteneinsicht zum Vorgang „Bebauungsplan Karlsruher Straße-Süd“
und den hierauf gestützten Abwasserbescheiden**

– Abschlussbericht

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 25.06.2008, R. Pr. Nr. 65, den Akteneinsichtsausschuss zum Vorgang „Bebauungsplan Karlsruher Straße-Süd“ und den hierauf gestützten Abwasserbescheiden gebildet.

Als Ausschussmitglieder wurden für die CDU-Fraktion Herr Stadtrat Foss, für die FE-Fraktion Herr Stadtrat Rebmann, für die SPD-Fraktion Frau Stadträtin Hofmeister, für die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen Frau Stadträtin Saebel und für die Gruppe Freie Wähler Frau Stadträtin Lumppp benannt. Die FDP hat auf ihren Sitz verzichtet. Teilgenommen an den Sitzungen am 08.07.2008 und 15.07.2008 haben Frau Oberbürgermeisterin Büssemaker als Vorsitzende und die Stadträtinnen und Stadträte Foss, Rebmann, Hofmeister und Lumppp.

Berichterstatter im Gemeinderat ist der Antragsteller.

Der Akteneinsichtsausschuss stellt nach Einsicht der Akten und umfangreicher Befragung der Verwaltung einstimmig Folgendes fest:

- Die Verwaltung hat in den schriftlichen Unterlagen den Gemeinderat umfänglich über die Auswirkungen des Bebauungsplanes informiert. Die Verwaltung hat keine Angaben zu einer Wertsteigerung oder Wertminderung der Grundstücke gemacht, da sie nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sind.
- Die Verwaltung hat den Bebauungsplan erstellt, ohne Ansehen der Person der Eigentümer oder eines eventuellen Investors.
- Die Verwaltung hat in der schriftlichen Vorlage sowie in den Anlagen zur Vorlage im Grünordnungsplan die Festsetzungen definiert. Ausgleichsflächen nach dem Grünordnungsplan bestehen nicht.
- Die Verwaltung hat in den Sitzungen mündlich darauf hingewiesen, dass zur Vermeidung von einstweiligen Verfügungen von Anliegern oder Angrenzern des Kreisels der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgen muss, damit der Kreisel am Lauerturm gebaut werden kann.
- Die Verwaltung hat das gesetzlich vorgesehene Bebauungsplanverfahren nochmals erläutert und dem Akteneinsichtsausschuss den ordnungsgemäßen Ablauf nachgewiesen.
- Die sukzessive Erstellung und der Versand der Abwasserbescheide entsprachen den Verwaltungsvorschriften.

Fazit:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Sachbearbeitung in allen Punkten ordnungsgemäß erfolgt ist, auch in Übereinstimmung mit dem üblichen Verwaltungshandeln. Der Ausschuss hält es zukünftig für geboten, alle Bescheide, ein Quartier betreffend, gleichzeitig zu versenden, um den Anschein einer Ungleichbehandlung zu vermeiden.

Der Vorwurf der angeblichen Begünstigung des Investors konnte ausgeräumt werden, da die seit 2003 der Verwaltung bekannten Pläne des Eigentümers dem Gemeinderat in den Sitzungen jeweils durch die Verwaltung präsentiert worden sind.

Der Wunsch des Akteneinsichtsausschusses besteht darin, dass die Vorlagen zu Bebauungsplänen zukünftig dialektisch aufbereitet werden.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsse erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt nochmals pro forma auf der Tagesordnung stehe und Stadtrat Foss in der Sitzung des Gemeinderats am 23.07.2008 das Ergebnis bereits vorgestellt habe. Sie stellt fest, dass kein weiterer Vortrag bzw. keine weitere Diskussion gewünscht wird.

- - -